

THÜR. LANDTAG POST  
05.06.2019 14:52

12815/2019

Bundesarbeitsgemeinschaft  
kommunaler

**Frauen** Büros  
und Gleichstellungsstellen

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Siebtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes – Einführung  
der paritätischen Quotierung

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN – Drucksache 6/6964-

**Den Mitgliedern des  
InnKA**

Thüringer Landtag  
Zuschrift  
**6/3068**  
zu Drs. 6/6964

Sehr geehrte Abgeordnete des Innen- und Kommunalausschusses, sehr geehrte  
Damen und Herren,

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros und  
Gleichstellungsstellen wurde um eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf der  
Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache  
6/6964 - Siebtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes –  
Einführung der paritätischen Quotierung, gebeten. Wir haben unsere  
Stellungnahme mit der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen  
Gleichstellungsbeauftragten in Thüringen abgestimmt und außerdem eine der  
Landessprecherinnen gebeten, die Stellungnahme zur Anhörung vorzutragen.

Die paritätische Besetzung von Wahllisten und damit gleiche Chancen für Frauen  
und Männer ist mehr als überfällig! Jahrzehntlang kämpften Frauen im 19. und  
20. Jahrhundert um das Wahlrecht, um die Aufnahme des  
Gleichberechtigungsgrundsatzes in unser Grundgesetz, um die Verpflichtung des  
Staates, auf die Beseitigung bestehender Nachteile tatsächlich hinzuwirken.  
Trotzdem liegt der Frauenanteil im Bundestag, in allen Landesparlamenten, in  
den Stadt- und Gemeinderäten sowie Kreistagen noch immer unter dem  
Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung! Beim Blick auf die Zusammensetzung  
der Fraktionen im Bundestag und im Thüringer Landtag ist schnell zu erkennen,  
dass der Anteil von Frauen in den Fraktionen dort wesentlich höher ist, wo die  
Parteien Regelungen zur (fast) paritätischen Besetzung von Wahllisten haben. So  
sind im Thüringer Landtag in der Fraktion DIE LINKE von 28 Abgeordneten 15

weiblich, in der SPD Fraktion sind es 7 Frauen und 5 Männer und in der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind die 6 Mandate je zur Hälfte an Frauen und Männer verteilt. Alle drei Parteien haben verbindliche Regelungen für eine (fast) paritätische Aufstellung von Wahllisten, sowohl in der Anzahl als auch in der Reihenfolge. Anders sieht es in der CDU-Fraktion aus, nur 10 von 34 Mandaten sind von Frauen besetzt. In der CDU gibt es das sogenannte Quorum als Empfehlung, mindestens ein Drittel der Listenplätze soll an Frauen gehen. Die AfD lehnt Quoten und Frauenförderung ab, von den 7 Abgeordneten in der AfD Fraktion sind 2 weiblich.

Im Rahmen der Kampagne #mehrfrauenindieparlamente hat der Deutsche Frauenrat am 23. Mai 2019 ein Handbuch zu Parität- veröffentlicht. Diese Handreichung bietet umfassende Informationen über und Argumente für Paritätsgesetze. Wir verweisen ausdrücklich auf diese, ausführliche Handreichung. ([www.frauenrat.de/pro-paritaet-informationen-und-argumente/](http://www.frauenrat.de/pro-paritaet-informationen-und-argumente/))

Nun zum vorliegenden Gesetzentwurf, zur Einführung der paritätischen Quotierung in das Thüringer Landeswahlgesetz.

Die paritätische Quotierung soll nur für Wahlen zum Thüringer Landtag eingeführt werden. Doch in den Stadt- und Gemeinderäten, sowie in den Kreistagen beträgt der Anteil von Frauen nur 25 Prozent! Die paritätische Besetzung von Wahllisten für Kommunalwahlen ist also dringend erforderlich, deshalb fordern wir Geschlechtergerechtigkeit auch für Kommunalwahlen!

Der Öffnungsklausel für intersexuelle Menschen (§ 29 Absatz 5) stimmen wir zu.

Wir stimmen allerdings nicht der Öffnungsklausel im § 29 Absatz 5 bezüglich einer „mangelnden Realisierbarkeit der paritätischen Besetzung der Wahllisten“ zu! Wie werden Ausnahmefälle definiert, wer bestimmt was ein Ausnahmefall ist? Mit dieser Regelung wird das Anliegen der paritätischen Besetzung von Wahllisten wieder ausgehebelt. Parteien und politischen Vereinigungen können sich wieder aus der Verantwortung nehmen mit der Begründung, es würden sich nicht ausreichend geeignete Frauen zur Wahl stellen.

Die Ausnahmeregelung für Parteien oder politische Vereinigungen, die aus programmatischen Gründen überwiegend oder ausschließlich einem Geschlecht zuzuordnen sind, ist nachvollziehbar.

Abschließend weisen wir darauf hin, dass die im Artikel 2 genannte Ermächtigung zur Neufassung des Artikel 1 in geschlechtergerechter Sprache eine Selbstverständlichkeit sein muss. Zumindest § 28 des Thüringer Gleichstellungsgesetzes: „Behörden und Dienststellen haben bei Erlass von Rechtsvorschriften, Verwaltungsvorschriften, bei der Gestaltung von Vordrucken, in amtlichen Schreiben und bei Stellenausschreibungen soweit wie möglich geschlechtsneutrale Bezeichnungen zu wählen“, ist hier anzuwenden. Besser wäre natürlich, das Thüringer Landeswahlgesetz sowie alle damit verbundenen weiteren Vorschriften und Vordrucke sprachlich so zu verfassen, dass Frauen, Männer und diverse Personen angesprochen sind.

Wir hoffen auf Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen

für die BAG kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

Bundessprecherin der BAG und Frauenbeauftragte der Stadt Freiburg

Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Thüringen und  
Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Eisenach

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.